

Cannabis-Legalisierung aus Sicht des Suchtkoordinators

Friedrich Schmidt,
Psychiatrie- u. Suchtkoordinator,
Bereichsleiter Sozialpsychiatrischer Dienst
FB Gesundheit und Verbraucherschutz

**Es geht bei der Diskussion bzgl.
der Cannabis-Legalisierung um
Ehrlichkeit
und Schadens- bzw.
Konsumregulierung**

**Letztlich kann man sich meines Erachtens nur
entscheiden, auf welcher Seite man den Fehler
macht:
auf der Seite der Legalisierungsbefürworter
oder der Legalisierungsgegner**

Befürworter Legalisierung:

- Cannabiskonsum verursacht geringeren gesundheitlichen Schaden als andere Suchtmittel (z.B. Alkohol)
- Cannabis ist trotz Verbot überall verfügbar
- Jugendschutz verbessert
- Justizbehörden werden extrem belastet - Entkriminalisierung

- Ein schädigender illegaler Drogenmarkt wird weiter aufrechterhalten
- Prävention ist leichter durchzuführen – offene Gespräche
- „Reinheitsgebot“ – Qualitätskontrolle – Wirkstofffestlegung

Gegner Legalisierung:

- Konsum verursacht erheblichen Gesundheitsschaden
- Jugendschutz ist nicht gewährleistet – siehe Alkohol und Tabak
- Legalisierung signalisiert Ungefährlichkeit und führt zu Bagatellisierung

- bei der regulierten Abgabe muss das Gesundheitsinteresse der Bevölkerung Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen der Marktakteure haben – kaum zu erreichen
- keine wirklich belegbaren durchgehend positiven Erfahrungen anderer Länder
- Cannabiskonsum nimmt in der Bevölkerung zu – mehr Menge verfügbar/Preisentwicklung*

(Studie ISD Hamburg „TECHNICAL REPORT Effects of legalizing cannabis“ April 2023)

** ...Um die Gesundheit junger Menschen zu schützen, sollte vermieden werden, dass der Cannabiskonsum bei Jugendlichen erheblich ansteigt. Eine zunehmende Normalisierung des Konsums in der Allgemeinbevölkerung könnte den Konsum bei Jugendlichen langfristig steigern. Darüber hinaus gibt es nur wenige Maßnahmen, die speziell auf den Schutz der Gesundheit junger Menschen abzielen...Wichtig ist, dass die Wirksamkeit dieser Vorschriften von ihrer Durchsetzung abhängt. Beispielsweise haben Jugendliche in Deutschland derzeit auch unter dem gesetzlichen Mindestalter problemlosen Zugang zu alkoholischen Getränken in Supermärkten. Bei der Legalisierung von Cannabis sollten die Fehler bei der Regulierung von Alkohol und Tabak nicht wiederholt werden...*

...Wo Cannabis legalisiert wurde, hat der Cannabiskonsum vor und nach Gesetzesänderungen im Allgemeinen zugenommen. Auch in Deutschland ist mit einem weiteren Anstieg des Cannabiskonsums zu rechnen – unabhängig von der geplanten Legalisierung. In Kanada, den USA und Uruguay wurden unmittelbar nach der Einführung von legalem Cannabis nur wenige unmittelbare Veränderungen im Konsum und in den Gesundheitsergebnissen beobachtet. Da es jedoch mehrere Jahre dauert, bis der legale Markt expandiert und den illegalen Markt ersetzt, sind langfristige Auswirkungen von entscheidender Bedeutung. Wo die Märkte für legales Cannabis wachsen und legale Produkte besser verfügbar werden, treten der Konsum von Cannabis und damit verbundene Gesundheitsprobleme häufiger auf. Wichtig ist, dass mehrere Maßnahmen umgesetzt werden können, um mögliche negative Folgen der Cannabislegalisierung für Erwachsene und Jugendliche zu verringern...

Und was jetzt?

Vermutlich wird das Cannabisgesetz kommen.

Zitat aus dem Referentenentwurf des Bundesministeriums: „Konsumentinnen und Konsumenten wird durch den Gesetzentwurf ein verantwortungsvoller Umgang mit Cannabis erleichtert... Durch Information, Beratungs- und Präventionsangebote werden gesundheitliche Risiken für Konsumentinnen und Konsumenten von Konsumcannabis reduziert... Die cannabisbezogene Aufklärung und Prävention werden gezielt gestärkt, insbesondere wird die Teilnahme von auffällig gewordenen Jugendlichen an Frühinterventionsprogrammen gefördert. Darüber hinaus sollen nichtkonsumierende Bürgerinnen und Bürger vor den direkten und indirekten Folgen des Cannabiskonsums geschützt werden.“

Vielleicht kann man die größten Fehler verhindern.

Stellungnahme 53 zum Referentenentwurf CanG:



- Um den Cannabiskonsum bei Jugendlichen zu vermeiden, müssten frühzeitig Präventionsmaßnahmen ergriffen werden. Empfehlenswert wäre daher, zunächst Präventionsmaßnahmen in großem Umfang zu verstärken, um dann über eine Legalisierung nachzudenken.
- keine freiwillige Frühintervention
- mangelhafte Präventionsangebote des Bundes und keine Finanzierung durch die Kommune gewährleistet
- kaum Kontrollmöglichkeiten des Anbaus (3 Pflanzen 😊) und Schutz der Minderjährigen
- keine Definition unzumutbarer Belastungen
- Feigenblatt „Präventionsbeauftragter in Anbauvereinigungen“